

**Kleine Anfrage der Fraktion der CDU vom 24. Mai 2016****Situation der PKK bzw. ihrer Ausführungsorgane in Bremen**

Die größte Gruppe unter den ausländischen Extremisten in Deutschland sind laut Bremer Verfassungsschutzbericht 2014 (Seite 72 bis 77), mit etwa 13 000 Anhängern, die „Arbeiterpartei Kurdistans“ (PKK). Der Eintrag der PKK in die US-Terrorliste datiert aus dem Jahr 1997. Die EU definiert die PKK seit 2002 als terroristische Organisation. Die Organisation führt seit 1984 einen bewaffneten Kampf hauptsächlich im Südosten der Türkei gegen den türkischen Staat. Das Ziel, ein eigener kurdischer Staat, wurde später aufgegeben und durch die Forderung nach begrenzter Autonomie innerhalb des türkischen Staates ersetzt. Die Freilassung des seit 1999 in Haft sitzenden PKK-Gründers Öcalan ist eines der zentralen Agitationsthemen der PKK-Anhängerschaft auch in Europa.

In Deutschland tritt für die Belange der PKK nach Umbenennung nunmehr der Dachverband NAV-DEM (vormals YEK-KOM) ein, dem über 40 der PKK nahstehende Vereine angeschlossen sind. Einer der Vorsitzenden ist der Bremer Yüksel Koç. Er gehört zusammen mit anderen Bremer Funktionären zu den bekanntesten Führungspersonen der PKK in Deutschland. Sie organisieren sich überwiegend im einflussreichen „Verein zur Förderung demokratischer Gesellschaft Kurdistans“ (Birati e. V.), der als regionales Ausführungsorgan der PKK fungiert.

Die Geschehnisse in Syrien und dem Irak, sowie insbesondere in der Türkei, wirken sich auch auf die in Deutschland lebenden PKK-Anhänger und ihre Gegner aus. Gesellschaftliche und politische Konflikte werden importiert und zum Teil gewaltvoll auf deutschen Straßen entladen. Auch wenn die Kundgebungen in diesem Zusammenhang in Bremen meist friedlich blieben, zeigen die massiven Auseinandersetzungen in zahlreichen deutschen Städten, das hohe Gewaltpotenzial der rivalisierenden Gruppen. Sorge bereitet dabei auch die Zusammenarbeit mit deutschen links-extremen oder autonomen Gruppierungen. Diese unheilvolle Allianz war in vielen Städten zu beobachten.

Wir fragen den Senat:

1. In welchen Vereinen oder anderen Zusammenschlüssen sind PKK-Anhänger im Land Bremen organisiert? Welche Erkenntnisse liegen zu diesen Vereinen und ihren Mitgliedern vor?
2. Welche Versammlungen wurden von den unter 1. genannten Vereinen und Personen mit welchem Veranstalter und welchem Thema im vergangenen Jahr und im ersten Quartal dieses Jahres angemeldet?
3. Für welche dieser Versammlungen wurden Auflagen erlassen?
4. Im Zusammenhang mit welchen dieser Versammlungen wurden Ermittlungsverfahren aufgrund welcher Verstöße eingeleitet?
5. Welche Erkenntnisse liegen dem Senat bezüglich der Finanzierung der PKK bzw. ihrer Ausführungsorgane insgesamt und insbesondere im Land Bremen vor? Welche Erkenntnisse hat der Senat bezüglich einer Finanzierung aus illegalen Geschäften, wie etwa Schutzgelderpressung?
6. Welche Erkenntnisse liegen dem Senat vor, dass die PKK bzw. ihre „Unterstützervereine“ von Bremen aus gewaltsame Aktionen im Ausland unterstützen, etwa durch Aufrufe zur Gewalt oder durch logistisch-finanzielle Hilfe?

7. Welche Erkenntnisse liegen dem Senat über sogenannte Märtyrerveranstaltungen vor, bei denen getötete PKK-Kämpfer glorifiziert und junge Menschen für den bewaffneten Kampf im Ausland rekrutiert werden?
8. Wie schätzt der Senat die Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung in Bremen durch PKK-Anhänger ein? Wie bewertet er in diesem Zusammenhang die Zusammenarbeit mit linksextremen oder autonomen Gruppen?
9. Welchen präventiven Ansatz verfolgt der Senat im Hinblick auf die Anhänger der PKK?

Dr. Oguzhan Yazici,  
Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU

D a z u

### **Antwort des Senats vom 12. Juli 2016**

1. In welchen Vereinen oder anderen Zusammenschlüssen sind PKK-Anhänger im Land Bremen organisiert? Welche Erkenntnisse liegen zu diesen Vereinen und ihren Mitgliedern vor?

PKK-Anhänger im Land Bremen sind überwiegend im „Birati e. V.“ organisiert. Der aktuelle Bremer Verfassungsschutzbericht führt zu diesem Verein aus:

„Der Verein ‚Birati e. V.‘ nimmt als regionales Ausführungsorgan der PKK eine besondere Funktion ein, weil er zu den sogenannten Zentralvereinen gehört. Er bietet seinen Mitgliedern u. a. soziale und kulturelle Aktivitäten an. Die im Zusammenhang mit der PKK stehenden Aktivitäten nehmen dabei einen breiten Raum ein, etwa Feiern zum Geburtstag Öcalans oder zum Jahrestag des Beginns des bewaffneten Kampfes der PKK. Bisher wurde Deutschland von der CDK (Civaka Demokratik a Kurdistan) als politischer Arm der PKK intern in knapp 30 Gebiete unterteilt. In einem solchen Gebiet nimmt der jeweils bedeutendste kurdische Verein die Stellung des ‚Zentralvereins‘ ein, alle anderen PKK-nahen Vereine sind meist abhängig von dessen Entscheidungen und Weisungen.

In Bremen steht z. B. der Verein ‚Förderung der kurdisch-islamischen Kultur e. V.‘ (Trägerverein der ‚Saidi Kurdi-Moschee‘) in einem Abhängigkeitsverhältnis zum Zentralverein ‚Birati e. V.‘. Ebenso bestimmen PKK-Funktionäre das politische Geschehen im ‚Bremer Volksrat‘, der auch als ‚Kurdisches Parlament‘ bezeichnet wird. Dessen derzeitiger Vorsitzender gehört zu den bekanntesten Führungspersonen der PKK in Deutschland. Die Einsetzung von ‚Volksräten‘ erfolgt entsprechend dem von Öcalan 2005 entwickelten Konzept, das letztlich auf die Etablierung eines politisch-kulturellen Verbundes der in verschiedenen Staaten lebenden Kurden abzielt, um die Mitbestimmung aller Kurden zu gewährleisten. Tatsächlich erfolgte die politische Arbeit im ‚Bremer Volksrat‘ allerdings nicht nach demokratischen Regeln, sondern ist bisher hierarchisch geprägt.

Im Rahmen der von der PKK-Führung beschlossenen Umstrukturierung sind an die Stelle der bisherigen Vereine übergeordnete ‚Zentren der demokratischen Gesellschaft‘ getreten. Es wurden in Bremerhaven und mehreren Bremer Umlandgemeinden ‚regionale Volksparlamente‘ eingerichtet. Neben dem Birati e. V. stellen auch diese ‚regionalen Volksparlamente‘ sowie verschiedene Organisationen die Vertreter des übergeordneten Volksparlaments, welches u. a. als offizieller Ansprechpartner für die bremischen Behörden fungiert. Während die Aktivitäten der Bremer PKK-Anhänger bisher also hauptsächlich auf Weisung übergeordneter legaler und illegaler hierarchischer Strukturen zurückzuführen waren, bleibt abzuwarten, inwieweit zukünftig tatsächlich demokratische Strukturen geschaffen werden.“

Zur Situation in Bremerhaven trifft der Verfassungsschutzbericht die folgenden Feststellungen:

„Im Frühjahr 2013 wurde der ‚Kurdisch-deutsche Gemeinschaftsverein‘ in Bremerhaven gegründet. Die Eintragung in das Vereinsregister Bremen erfolgte am 19. Juni 2014. Die Vereinsmitglieder organisierten regelmäßig unterschiedliche Feierlichkeiten, in denen auch dem PKK-Führer Öcalan gehuldigt wird. Der Verein steht zudem ebenfalls in einem Abhängigkeitsverhältnis zum Birati e. V., der als Zentralverein der PKK in Bremen fungiert.“

2. Welche Versammlungen wurden von den unter 1. genannten Vereinen und Personen mit welchem Veranstalter und welchem Thema im vergangenen Jahr und im ersten Quartal dieses Jahres angemeldet?

Nachfolgend ist eine Tabelle zu Aufzügen, Kundgebungen, Versammlungen und Demonstrationen mit PKK-Hintergrund im Jahr 2015 aufgeführt:

Veranstalter	Titel	Art der Versammlung
Birati e. V.	Stoppt den Terror der IS in Kobane und Sengal	Aufzug
Birati e. V.	Sieg der Kurden über die IS in Kobane	Spontan-Autokorso
Kurdistan Solidaritäts Komitee	Solidarität mit dem Widerstand gegen die IS in Rojava	Aufzugsveranstaltung
Birati e. V.	Kobane und Rojava	Kundgebung
Birati e. V.	Solidarität für Kobane und Rojava – Stoppt die Massaker in West-Kurdistan	Aufzug
Birati e. V.	Terroranschlag Sucru	Spontan-Kundgebung
Birati e. V.	Freiheit für Ocalan	Infostand
Birati e. V.	Beschwerde über die begonnenen türkischen Bombardements und gegen Nord-Kurdistan	Spontan-Aufzug
Birati e. V.	Gedenken an die Opfer des Massakers vom 3. August 2014 Sengal Kurdistan – Stoppt den Krieg in Kurdistan	Aufzug
Birati e. V.	Übergriffe auf HDP-Büros Türkei	Kundgebung
Kurdistan Solidaritäts Komitee	Situation in der Türkei	Mahnwache
Birati e. V.	Solidarität Kobane und Rojava, Hilfskorridor einrichten, AKP/IS Hände weg Kurdistan, Aufhebung PKK-Verbot	Spontan-Demo
Anmelder aus dem Birati-e.-V.-Umfeld	Übergriffe von Türken an Kurden auf Demonstrationen in Hannover und der Schweiz	Spontan-Demo
Birati e. V.	Angriffe auf Kurden in der Türkei	Infostand
Birati e. V.	Protest gegen Isolationshaft und Freiheit für Öcalan	Kundgebung
Birati e. V.	Anschlag Ankara	Spontan-Aufzug
Birati e. V.	Internationaler Aktionstag für die Freiheit und den Wiederaufbau von Kobane – Hilfskorridor und Wiederaufbau für Kobane – Solidarität mit Rojava	Aufzug
Kurdische Fraueninitiative Bremen	Freiheit für Ocalan, Frieden in Kurdistan	Aufzug
Birati e. V.	Schluss mit dem türkischen Staatsapparat	Spontan-Kundgebung
Birati e. V.	Protest gegen Isolationshaft/Folterungen A. Öcalan	Kundgebung und Aufzug
Birati e. V.	Türkische Armeeoffensive gegen Kurden in der Osttürkei	Spontan-Aufzug

Die nachfolgende Tabelle liefert Informationen zu Aufzügen, Kundgebungen, Versammlungen und Demonstrationen mit PKK-Hintergrund im Jahr 2016:

Veranstalter	Titel	Art der Versammlung
Birati e. V.	Schluss mit dem Krieg in Kurdistan	Aufzug
Kurdische Fraueninitiative Bremen	Solidarität . . . Wir gemeinsam für Nord-Kurdistan – Stoppt den Staatsterror – Bundesregierung stoppt den Krieg in Kurdistan	Aufzug
Kurdistan Solidaritäts Komitee	Situation in den kurdischen Gebieten der Türkei	Mahnwache
Birati e. V.	Vorkommnisse in der Stadt Cizre – Tötung von 30 Kurden	Spontan-Kundgebung
Birati e. V.	Isolationshaft Öcalan, Menschenrechtsverletzung	Zweitägiger Marsch
Einzelanmelder aus dem Birati e. V.	Pogrom gegen Frieden in der Türkei, wir verurteilen das Massaker in SUR/AMED – Zusammenhang mit dem oben angegebenen 2-Tages-Marsch	Spontan-Demo (Auftaktkundgebung – Marsch – Abschlusskundgebung)
Birati e. V.	Freiheit für Öcalan, Status in Kurdistan	Kundgebung

3. Für welche dieser Versammlungen wurden Auflagen erlassen?

Eine Auflistung der Auflagen zu jeder Versammlung liegt nicht vor und konnte mit vertretbarem Aufwand nicht erstellt werden. Erfahrungsgemäß werden bei diesen Versammlungen regelmäßig veranstaltungstypische Auflagen, wie z. B. das Einsetzen von Ordnern, das Untersagen des Tragens von Maskierungen, das Verbot des Zeigens von Texten, Schildern, Flugblättern oder Transparenten, die den Regeln der demokratischen Grundordnung widersprechen oder eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit bedeuten, erlassen.

4. Im Zusammenhang mit welchen dieser Versammlungen wurden Ermittlungsverfahren aufgrund welcher Verstöße eingeleitet?

Bei insgesamt fünf der in der Antwort zu Frage 2 aufgeführten Versammlungen aus dem Jahr 2015 wurden Verstöße gegen § 20 Vereinsgesetz (VereinsG) und § 25 Versammlungsgesetz (VersammlG) festgestellt. Bei einer dieser fünf Versammlungen wurde zudem ein Verfahren wegen eines Verstoßes gegen § 27 VersammlG eingeleitet.

Bei den Versammlungen im Jahr 2016 wurden keine Verstöße im direkten Zusammenhang mit den Versammlungen festgestellt, in einem Fall kam es im Anschluss an die Veranstaltung zu einer Auseinandersetzung die zur Einleitung eines Verfahrens gemäß § 224 Strafgesetzbuch (StGB) führte.

5. Welche Erkenntnisse liegen dem Senat bezüglich der Finanzierung der PKK bzw. ihrer Ausführungsorgane insgesamt und insbesondere im Land Bremen vor? Welche Erkenntnisse hat der Senat bezüglich einer Finanzierung aus illegalen Geschäften, wie etwa Schutzgelderpressung?

Die wichtigste finanzielle Einnahmequelle der PKK ist nach Erkenntnissen der Sicherheitsbehörden nach wie vor die jährlich stattfindende Spendenkampagne. Zum Selbstverständnis der PKK gehört, dass die in Deutschland lebenden Kurden Spenden an die PKK zu entrichten haben. Die Höhe der zu leistenden Spende ist dabei abhängig von den wirtschaftlichen Verhältnissen jedes Einzelnen. Laut Informationen des Bundesamtes für Verfassungsschutz sind bei der Spendensammlung 2013 ca. 9 Mio. € zusammengekommen. Auch in Bremen findet jedes Jahr eine solche Kampagne statt.

Die Einnahmen dienen in erster Linie dem Unterhalt der Organisation und ihres umfangreichen Propagandaapparats in Europa. Ein Teil des Geldes dient aber auch der Unterstützung in den Kampfgebieten.

Gesicherte Erkenntnisse bezüglich der Erpressung von Zahlungen sind schwer zu erlangen. Angezeigt werden derartige Erpressungsdelikte nur selten, in Bremen letztmalig im Jahr 2012.

Bei emotionalen Ereignissen finden auch immer wieder sogenannte Spendenkampagnen statt, so erfolgte z. B. im Jahr 2012 die Kampagne „Jeder Kurde kauft eine Gasmasken für die Guerilla“, als Reaktion der Angriffe der türkischen Luftwaffe am 28. Dezember 2011 im Gebiet der türkisch-irakischen Grenzstadt Uludere.

Neben der Spendenkampagne als wichtigstes finanzielles Mittel, profitiert die PKK auch von Veranstaltungserlösen und dem Verkauf von Publikationen.

Auffällige Zahlungsvorgänge, soweit sie von den Banken und Sparkassen gemeldet werden, werden hinsichtlich möglicher Geldwäschetatbestände polizeilich überprüft.

6. Welche Erkenntnisse liegen dem Senat vor, dass die PKK bzw. ihre „Unterstützervereine“ von Bremen aus gewaltsame Aktionen im Ausland unterstützen, etwa durch Aufrufe zur Gewalt oder durch logistisch-finanzielle Hilfe?

Hier wird auf die Antwort zu Frage 5 Stichwort „Spendenkampagne“ verwiesen. Darüber hinausgehende Erkenntnisse liegen dem Senat nicht vor.

7. Welche Erkenntnisse liegen dem Senat über sogenannte Märtyrerveranstaltungen vor, bei denen getötete PKK-Kämpfer glorifiziert und junge Menschen für den bewaffneten Kampf im Ausland rekrutiert werden?

Die Kampfhandlungen in Syrien und im Irak haben die Bereitschaft der PKK-Anhänger, sich für den bewaffneten Kampf rekrutieren zu lassen, gesteigert. Sie folgen u. a. Aufrufen zur Beteiligung am Kampf in der PKK nahestehenden Medien, auf einschlägigen Internetseiten, in (Jugend-)Zeitschriften oder auf Großveranstaltungen wie dem jährlichen kurdischen Kulturfestival. Auch die bundesweit organisierten sogenannten Märtyrerveranstaltungen, bei denen gefallene Guerillakämpfer glorifiziert werden, bereiten den Boden für Rekrutierungen. Auch in Bremen finden seit langem „Märtyrer-Gedenktage“ statt. Inwieweit diese zu Rekrutierungen von Kämpfern beitragen, ist dem Senat nicht bekannt.

Rückkehrer mit Kampferfahrung übernehmen häufig Kaderfunktionen innerhalb der PKK. Hinweise, dass Rückkehrer Gewaltaktionen in Europa planen, gibt es derzeit nicht. Sie genießen jedoch aufgrund ihres „Kampfeinsatzes“ für die PKK ein hohes Ansehen innerhalb der Organisation.

Dem Senat sind drei der PKK zugehörige, erwachsene Personen bekannt, die aus Bremen nach Syrien/Irak ausgereist sind. Eine dieser Personen ist inzwischen zurückgekehrt. Es ist nicht bekannt, ob diese Personen im Rahmen von sogenannten Märtyrerveranstaltungen rekrutiert wurden.

8. Wie schätzt der Senat die Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung in Bremen durch PKK-Anhänger ein? Wie bewertet er in diesem Zusammenhang die Zusammenarbeit mit linksextremen oder autonomen Gruppen?

Nach Bewertungen der Sicherheitsbehörden wird Deutschland von der PKK vor allem als Ruhe-, Rückzugs- und Rekrutierungsraum angesehen. Laut einer Gefährdungsbewertung des Bundeskriminalamtes (BKA) vom letzten Jahr sind die in Deutschland lebenden Anhänger der PKK inzwischen vor allem bemüht, eine Aufhebung des PKK-Verbots mit legitimen Mitteln durchzusetzen. Negative Schlagzeilen infolge eines gewalttätigen Agierens würden diesem Ziel grundsätzlich zuwiderlaufen. Es ist aus diesem Grund in Bremen derzeit weiterhin eher mit grundsätzlich friedlich ausgerichteten kurdischen Demonstrationen zu rechnen.

Die Begehung von veranstaltungstypischen Straftaten muss dabei aber weiterhin einkalkuliert werden. Beim Aufeinandertreffen von türkischen Nationalisten und PKK-Anhängern ist mit (gezielten) Provokationen bis hin zu heftiger Konfrontationsgewalt zu rechnen.

Es liegen für Bremen derzeit jedoch keine konkreten Erkenntnisse zu möglichen strafbaren Aktionen vor, eine grundsätzliche Änderung bzw. Steigerung im Sinne einer Lageverschärfung hinsichtlich eines gewalttätigen Agierens seitens der PKK-Anhänger ist hier bislang nicht erkennbar.

Die weitere Entwicklung in der Türkei werden das weitere Geschehen beeinflussen. Die andauernden Auseinandersetzungen zwischen dem türkischen Staat

und der PKK können auch Auswirkungen auf die Sicherheitslage in Deutschland haben. Bisher führte auch der Syrienkonflikt in Bremen zu zahlreichen Protestkundgebungen. Kampfhandlungen im Zusammenhang mit IS-Terroristen in kurdischen Siedlungsgebieten in der Türkei, in Syrien und im Irak bieten weiterhin in Bremen Konfliktpotenzial zwischen Kurden und Salafisten/Islamisten.

Aufgrund der vergleichbaren Ideologie sind die kurdischen Autonomiebewegungen auch Thema deutscher linker Gruppierungen. Es werden auf PKK-Veranstaltungen regelmäßig Personen des eher gemäßigten linken Spektrums festgestellt. Seit Oktober 2014 erfolgt die Unterstützung kurdischer Autonomiebestrebungen und der kurdischen Proteste durch Linksextremisten in Bremen in Form von diversen Informationsveranstaltungen und Aktionen, wie Mahnwachen und zahlreichen Demonstrationen des „Kurdistan Solidaritätskomitee Bremen“. Außerdem ist eine konkrete Unterstützung in Form von Spendensammlungen erfolgt.

9. Welchen präventiven Ansatz verfolgt der Senat im Hinblick auf die Anhänger der PKK?

Die zuständigen Behörden bemühen sich um einen vertrauensbildenden Dialog mit den Vertretern der kurdischen Bevölkerung. Im Vorfeld von Veranstaltungen finden zwischen der Polizei oder den sonstigen zuständigen Behörden regelmäßig Kooperationsgespräche statt mit dem Ziel, auf die Einhaltung der geltenden Gesetze hinzuwirken und einen konfliktfreien Ablauf zu gewährleisten.

Die Sicherheitsbehörden verfolgen die Lageentwicklung sowohl in der Türkei und im Bundesgebiet aufmerksam und gewährleisten durch eine regelmäßige Auswertung aller zur Verfügung stehenden Quellen, kurzfristig auf Lageverschärfungen angemessen reagieren zu können.